



global news 3371 28-09-15: Würden Sie der Kanzlerin mal eben die Hand auf die Schulter legen?

([hier](#) zur pdf.Fassung zum Ausdrucken)



Die "Mutter aller Flüchtlinge" verliert in Deutschland gerade wegen dieses Hintergrundes derzeit eine Menge ihrer bisher scheinbar fest gebuchten Beliebtheit. Viele Menschen sehen es nicht gerne, daß für Merkel nur noch das Thema "Flüchtlinge" zu zählen scheint, daß sie uns ihren vorgespielten Optimismus, wonach wir das alles mit der Integration von Millionen schaffen, aufzudrängen versucht und daß sie an den vielerlei Nöten der einheimisch Armen und deren Benachteiligung durch immer mehr Flüchtlinge vorbeiblickt. Inzwischen werden schon Handzettel an die Neuankömmlinge verteilt, um sie zu belehren, daß man in Deutschland Frauen nicht anfaßt. Doch der Syrer, der

die Bundeskanzlerin und sich selbst Kopf an Kopf aufs Selfie bannt, legt ihr kumpelhaft die Hand auf die Schulter, um sie näher zu holen. Würden Sie das so machen? Führt hier die Bundeskanzlerin mit der Hand auf ihrer Schulter nicht selbst vor, daß man deutsche Frauen, ja selbst die Bundeskanzlerin, durchaus anfassen kann?

In Spiegel-Umfrage mußte die Kanzlerin jetzt erstmals in dieser Legislaturperiode den Spitzenplatz als beliebteste Politikerin abgeben. Auch im jüngsten ZDF-Politbarometer rutschte Merkel bei der Frage nach den wichtigsten Politikern auf Platz vier ab. Im ZDF-Politbarometer lag Merkel auf einer Skala von plus 5 bis minus 5 bei einem Durchschnittswert von 1,9, ihr schlechtestes Ergebnis in dieser Legislaturperiode. Und im aktuellen Stern-Wahlrend erreichte die Kanzlerin mit nur 49 % den niedrigsten Wert in diesem Jahr.

Dabei gibt es immer mehr Meldungen, die die Menschen in Deutschland beunruhigen. Der Anteil von Jugendlichen und sehr jungen Erwachsenen unter den zuwandernden Männern ist sehr hoch. Die sind ohne Familienanschluß auf sich selbst gestellt, haben sich teilweise gewaltsam den Weg nach und in Deutschland gebannt und neigen teilweise in überbelegten Flüchtlingslagern zur Randalie. In einigen Flüchtlingsheimen sind christliche Flüchtlinge bereits Übergriffen muslimischer Fanatiker, die nach Scharia-Recht leben, ausgesetzt (siehe [hier](#)). Wie werden sich diese meist jungen Menschen erst benehmen, wenn die Integration schwierig wird und der nach Merkels Einladung erwartete schnelle wirtschaftliche Aufstieg nicht klappt? Wie groß wird der Einfluß der extremen Salafisten auf sie sein? Gibt es überhaupt genug Polizei in Deutschland, um notfalls für Ordnung und die Einhaltung des deutschen Rechts zu sorgen? Auch da werden verbale Appelle der Kanzlerin nicht ausreichen. Die Erfahrungen mit jugendlichen Türken sind bereits alles andere als beruhigend.

Die Integration hat schon nicht richtig bei den Muslimen türkischer Herkunft geklappt. Diejenigen die jetzt kommen, sind vor allem arabische Sunniten, die

mehr noch als die türkischen Sunniten zur "Strenggläubigkeit" neigen und mit denen bereits Frankreich erhebliche Probleme bekommen hat. Außerdem nimmt in letzter Zeit die Zuwanderung aus Afghanistan erheblich zu. In Afghanistan sind 80 bis 90 % der Bevölkerung ebenfalls praktizierende und sehr strenggläubige Sunniten. Nach einem Bericht in die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf Sicherheitskreise verließen zuletzt monatlich bis zu 100.000 Afghanen ihre Heimat. Bisher sind in diesem Jahr davon etwa 70.000 in Europa angekommen, so der Chef der Afghanistan-Mission der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Richard Danziger. Auch für sie ist Deutschland das Hauptzielland. Zuletzt waren etwa 11 % der neu in Deutschland eingetroffenen Flüchtlinge aus Afghanistan. Über die Integrationschancen dieser Menschen darf man sich Gedanken machen.

Niemand weiß mit wie vielen Flüchtlingen Deutschland am Ende rechnen muß, zumal sich die Bundesregierung bisher weigert jährliche Obergrenzen festzulegen. Zu diesen Risiken hat sich der EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn im Interview in "Die Welt" geäußert:

"Seit ich vor einem Jahr ins Amt gekommen bin, habe ich immer wieder darauf hingewiesen, daß wir in der europäischen Nachbarschaft rund um Europa 20 Millionen Flüchtlinge haben und das enorme Risiko besteht, dass sie sich in Bewegung setzen. Jetzt ist genau diese Krise eingetreten."

Dabei ist Deutschland bisher nicht einmal imstande, Personen ohne Aufenthaltserlaubnis ausreichend und schnell wieder abzuschieben. Daran nimmt nun auch die Europäische Kommission Anstoß. Die zuständige Generaldirektion hat die Bundesregierung Mitte September zu einer Stellungnahme aufgefordert. In dem Schreiben beruft sich der Generaldirektor Matthias Ruete auf Zahlen, die Deutschland dem Europäischen Statistikamt gemeldet hat. Demnach lebten im vergangenen Jahr 128.000 Personen ohne Aufenthaltsberechtigung im Land; jedoch wurden nur 34.000 zur Ausreise aufgefordert, 22.000 folgten der Aufforderung. Die Kluft war größer als in den Vorjahren.

* * * * *

Hier können Sie diesen Rundbrief bewerten.